

## N i e d e r s c h r i f t

### über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 15.03.2001

Unter dem Vorsitz des Herrn Stv. Reese sind anwesend:

von der CDU-Fraktion:

die Herren Stv. Decker, Grimm, Hombrecher, Frau Stv. Weis und Herr Kleusch

von der SPD-Fraktion:

die Herren Stv. Specht, Stv. Wagner, Dillbohner und Stucke

F.D.P.-Fraktion

Herr Steffen

beratendes Mitglied:

Herr Stv. Menke

sachkundige Einwohner:

die Herren Idelberger (BDA) und Limbach (Umweltverbände),

Gäste:

die Herren Allouche, Arenz, Grunwald und Frau Schäfer

von der Verwaltung

Herr Beig. Roßberg (GB 1.2), die Herren Pippert (R101), Franzki, Schlieper, Busch (alle R 105) und Müller (100.2)

Schriftführerin

Frau Sauer

Beginn der Sitzung: 16.10 Uhr

Ende der Sitzung: 16.35 Uhr

I.

Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

**Der Vorsitzende** teilt mit, die Verwaltung ziehe Tagesordnungspunkt 7 – Kenntnisnahme von der Gestaltung eines Bauvorhabens, Drs. 4908/01 - zurück. Nähere Informationen werden im nichtöffentlichen Sitzungsteil gegeben.

**Herr Stv. Grimm** bittet, Tagesordnungspunkt 8 – Angelegenheit der Beteiligung, Drs. 4408/01 – ohne Beratung an Hauptausschuss und Rat zu verweisen. Auf Grund der Nachversendung sei eine Beratung nicht möglich gewesen.  
Einverständnis.

**Herr Stv. Specht** bittet, Tagesordnungspunkt 3 – Zentren- und Einzelhandelskonzept 2000, Drs. 4459/00 – von der Tagesordnung abzusetzen. Derzeit würden interfraktionelle Gespräche geführt.  
Einverständnis.

- - -

Zur Niederschrift:

**Herr Steffen** erbitte unter Hinweis auf die Beschlussfassung in der Sitzung am 01.02.01 zu Drs. 3005/01 - Sachstandsbericht und Jahresprogramm 2001 zur Lebensader Wupper - um Auskunft über die durch die Haushaltsentwicklung bedingten Auswirkungen.

Herr Beig. Roßberg erklärt, die angestrebten Einsparvorgaben seien bisher nicht in voller Höhe erfüllt. Der Verwaltungsvorstand habe in der Klausurtagung am 14.02.01 die weitere Beratung auf den 05.03.01 und nunmehr auf das Leitungskräfte-treffen am 20./ 21.03.01 verschoben. Dem Stadtentwicklungsausschuss werde nach Abschluss der sog. „Streichliste“ entsprechend Bericht erstattet. Hauptausschuss und Rat werde eine Drucksache über ein Entwicklungskonzept Talachse vorgelegt.

- - -

1. Entwicklungskonzept für eine zivile Nutzung des Bundeswehrgeländes 1009/01  
in Wuppertal

**Antrag der F.D.P.-Fraktion**

**Herr Steffen** bittet um Änderung der Formulierung zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages, da die Entscheidung des Verteidigungsministers nicht revidiert worden sei.

**Herr Menke** bittet, die vorrangige Prüfung der gewerblichen Nutzung auch auf Wohnen, Arbeiten und Freizeit auszuweiten. Der Ausschuss schließt sich der Auffassung von **Herrn Stv. Reese** an, dass eine zivile Nutzung alle diese Nutzungen beinhalte, sodass der Beschlussvorschlag nicht ergänzt werden müsse.

**Herr Beig. Roßberg** teilt mit, das Bundesvermögensamt sei der zuständige Verhandlungspartner. Es solle eine Gesellschaft zur Vermarktung gegründet werden.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.03.01:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Entwicklungskonzept für eine zivile Nutzung des Bundeswehrgeländes und der Bundeswehrgebäude zu erarbeiten. Dabei soll vorrangig eine gewerbliche Nutzung des Geländes geprüft werden. Das Entwicklungskonzept ist dem Stadtentwicklungsausschuss vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird ferner beauftragt, die Übernahme des Bundeswehrgeländes und

der Gebäude zu möglichst günstigen Konditionen vorzubereiten. Da die Entscheidung des Bundesministers für Verteidigung nicht revidiert wurde, sind unverzüglich Verhandlungen mit dem Bundesvermögensamt bzw. der neugegründeten Vermarktungsgesellschaft aufzunehmen.

Einstimmigkeit.

- - -

## 2. Umfrage zur Stadtentwicklung 2000

4614/01

**Herr Limbach** stellt fest, bezüglich des Handlungsbedarfes aus Bürgersicht sei die Umweltverbesserung auf den 2. Platz gerückt. Es sei schwierig zu spezifizieren, was sich im Einzelnen dahinter verberge. Er rege an, bei zukünftigen Beurteilungen ein eigenes Kapitel für Umwelt und Natur aufzunehmen. Zur Erarbeitung der Fragestellungen biete er seine Mitarbeit an. Hinsichtlich der sportlichen Aktivitäten seien Wandern und Spaziergänge am häufigsten genannt, die entsprechenden Flächen sollten somit erhalten werden. Weiter sei es sinnvoll, die Voraussetzungen für einen Umstieg auf den ÖPNV, der für viele vorstellbar sei, zu schaffen.

**Herr Stv. Grimm** weist darauf hin, dass die Kindergartenproblematik gemäß der neuen Umfrage als weniger gravierend eingestuft werde – wenn auch noch ein gewisser Handlungsbedarf gegeben sei. Weiter berichtet er von einer Umfrage der Universität unter den Studenten mit ähnlichen Themen, über die er den Ausschuss gerne unterrichtet sähe.

**Herr Stv. Specht** erinnert daran, dass man zusätzlich zu den in der Umfrage aufgeführten Pflichtfragen auch die Möglichkeit habe, einzelne Fragen nachzuschieben. Hierüber solle sich der Ausschuss Gedanken machen. Zu berücksichtigen sei, dass sicher nur eine begrenzte Auskunftsbereitschaft bestehe. Dass in der Rangfolge der 15 größten Einzelprobleme der Verkehr auf den Plätzen 1 – 3 rangiere, sei sicher auf die starke Problematisierung zurückzuführen; dass Einkaufen jedoch auf Platz 4 genannt werde, bedürfe der besonderen Aufmerksamkeit im Hinblick auf den Zustand der Innenstädte. Diesem negativen Trend müsse entgegen gewirkt werden.

Auf Frage von **Herrn Steffen** nach dem Widerspruch, dass auf Seite 3 der Umfrage die Arbeitslosigkeit auf Rang 6 der 15 größten Einzelprobleme gesetzt, auf Seite 4 jedoch die Schaffung von Arbeitsplätzen als wichtigste Aufgabe definiert sei, erklärt **Herr Rosenkranz**, hier handle es sich lediglich um eine vermeintliche Diskrepanz. Die Rangfolgen ergäben sich aus 2 Ebenen: auf Seite 3 sei die subjektive Meinung der Befragten, was sie im Besonderen störe, aufgeführt, Seite 4 liste den Handlungsbedarf, wo etwas getan werden müsse, auf.

**Herr Stv. Menke** spricht sich zur Vermeidung von Staus für den Ausbau des ÖPNV aus, **Herr Stv. Reese** verweist auf das finanzielle Defizit.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.03.01:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Ergebnisse der Umfrage zur Stadtentwicklung zur Kenntnis.

Einstimmigkeit.

- - -

4. 380 kV- Hochspannungsfreileitung und Umspannanlage Linde 4406/01

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.03.01:

Das Vorhaben der RWE Net AG zur Erweiterung der Umspannanlage Linde und zur Errichtung der 380 kV-Netzanbindung wird zur Kenntnis genommen.

Einstimmigkeit.

- - -

5. Errichtung eines Geschäftshauses auf dem Grundstück Wall 8 – 14 4019/01

**Herr Beig. Roßberg** schlägt vor, die Beratung zu vertagen. Im Anschluss an die Beratung im Ausschuss Verbindliche Bauleitplanung am 13.03.01 habe die Verwaltung Kontakt zu der Bauherrin aufgenommen. Innerhalb des Vorstandes werde ein positives Votum angestrebt. Die Verwaltung werde das Bauvorhaben zu gegebener Zeit erneut vorstellen. Die Frage von **Herrn Stv. Hombrecher** nach der Realisierungschance des Investitionsvorhabens wird von ihm positiv eingeschätzt. Weitere Informationen werden für den nichtöffentlichen Sitzungsteil angekündigt.

Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 15.03.01:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Einstimmigkeit.

- - -

Reese  
Vorsitzender

Roßberg  
Beigeordneter

Grimm  
Stadtverordneter

Sauer  
Schriftführerin